

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 200 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 100 Mark, Reklame 300 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Was geht auf dem Baumarkt vor?

Mit Ausnahme weniger Gebiete ist die Lage auf dem Baumarkt noch Anfang Juni als geradezu trostlos zu bezeichnen. Zu einer Zeit, in der sonst die Hochsaison einzusetzen pflegte, liegen diesmal noch Zehntausende von Bauarbeitern auf der Straße. Und zwar nicht allein im besetzten Gebiet. Aus den an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichten Zahlen über die Bautätigkeit im Mai geht hervor, daß der Rückgang gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, in dem die Bautätigkeit doch gewiß nicht als normal bezeichnet werden konnte, nahe zu 90 Prozent beträgt!

Kein Wunder, daß denn auch die Baustoffindustrie schwer über den schlechten Geschäftsgang klagt. Ein außerordentlich ungünstiges Bild in dieser Hinsicht entrollt eine Denkschrift der „Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden“, die soeben dem Reichstage und Reichswirtschaftsrat zugestellt wurde. Daraus geht hervor, daß der Absatz der Zementindustrie von November 1922 bis März 1923 um nahezu 50 Prozent sank, ähnlich in der Kalkindustrie, die März 1923 nur 85 000 Tonnen gegenüber 169 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres absetzte. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse in der Ziegelindustrie. Von der Verkaufsstelle des Märkischen Zieglerbundes wurden abgesetzt:

August 1922	3 399 300	Stück
September	2 689 300	„
Oktober	1 318 800	„
November	1 378 000	„
Dezember	2 157 600	„
Januar 1923	1 284 400	„
Februar	709 400	„
März	636 600	„
April	224 500	„

Das bedeutet, daß im April d. J. nur noch Steine in einer Anzahl abgesetzt wurden, die knapp zum Bau von acht Wohnungen ausreichen!

Angefaßt dieser katastrophalen Lage auf dem Baumarkt und in der Baustoffindustrie muß doch einmal mit aller Schärfe die Frage aufgeworfen werden: Wo sind denn die gewaltigen Mittel geblieben, die seitens des Reiches und der Länder für die diesjährige Bautätigkeit bereits in den Monaten März und April zur Verfügung gestellt wurden? Ueber den langsamen bürokratischen Geschäftsgang der oberen Behörden ist genug gemurmelt und geschimpft worden, diesmal sind sie jedoch nach unserer Kenntnis der Dinge unschuldig. Die Verteilung des Ertrages der diesjährigen Wohnungsbaubgabe ist so frühzeitig vorgenommen worden, daß spätestens Ende April, Anfang Mai die Bautätigkeit lebhaft hätte in Fluß kommen können. Und über diese Mittel hinaus sind noch weitere sehr erhebliche Gelder seitens des Reiches gegeben worden, die zum größten Teile ebenfalls verteilt sind.

Alle diese Mittel wurden gegeben, einmal um die jurchtbare Wohnungsnot zu bekämpfen, dann um den zahllosen Arbeitslosen des Baugewerbes wieder zu produktiver Beschäftigung zu verhelfen, und um dadurch unserer gesamten durch die Ruhrereignisse schwer in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaft die notwendige Entlastung zu gewähren. Bei sofortiger Zuführung dieser Mittel an den Baumarkt hätte man noch zu einem Dollarkurs von 20 000 herum allerhand schaffen können, heute kann man mit dem solange hin- und hergeschleppten Gelde nur noch den dritten oder vierten Teil davon bauen wie vor ein bis zwei Monaten. Mit anderen Worten: Durch die bisher geübte Verschleppungspolitik sind die Werke für die Bekämpfung der Wohnungsnot verlorengegangen. Werte, die viele hunderte Milliarden betragen.

Da ist denn doch die Frage berechtigt, wer eigentlich an diesen Zuständen die Schuld trägt. Es bleibt eigentlich nur übrig, diese bei den Städten zu suchen. Es wird Aufgabe der Regierung sein, den

Dingen sorgfältig auf den Grund zu gehen. Was ist denn mit den schon im April und Anfang Mai verteilten Geldern in der Zwischenzeit geschehen? Daß sie in großem Umfange zum Ankauf von Baustoffen Verwendung gefunden hätten, ist nach den Berichten über die jämmerliche Lage der Baustoffindustrie nicht anzunehmen. Andererseits fällt es uns schwer, an eine anderweitige Verwendung der Gelder, etwa gar zu spekulativen Zwecken, zu glauben. Jedenfalls aber ist für die Regierung aller Anlaß gegeben, über die bisherige Verwendung der Gelder Klarheit zu schaffen und, falls eine nicht sachgemäße Verwendung festgestellt wird, gegen die Schuldigen mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen.

Der neueste starke Marktschwund hat allerdings wieder zu einer Belebung des Baustoffmarktes geführt. Nach dem Bericht der „Lawelt“ zeigte der Baustoffmarkt in der ersten Juniwche eine „außerordentliche Lebhaftigkeit“. Die Lagerbestände der Händler und vielfach auch der Fabriken wurden geräumt, mindestens, soweit Kalk, Zement und Gips in Frage kamen. Von einer Belebung der Bautätigkeit dagegen ist noch nicht viel zu spüren. Und wenn die Regierung die Dinge so weiter treiben läßt wie bisher, ist auch vorderhand an keine Besserung zu denken.

### Der „Baumarkt“

das Organ des deutschen Baustoffhandels, berichtet in seiner Nr. 23 vom 8. Juni:

„Die Erhöhung der preisbildenden Faktoren, Kohlen, Löhne und Frachten, hat auf dem Baustoffmarkt in der Berichtswoche sich erst teilweise ausgewirkt. . . Die Nachfrage nach Baustoffen war im allgemeinen lebhaft. Vorherrschend werden Deckungskäufe getätigt (d. h. jetzt, nachdem die Preise gewaltig hochgegangen sind. Red. d. B.); es wäre vorteilhafter, würden Nachfrage und Verbrauch in gesundem Verhältnis zueinander stehen. Leider ist für die Lage der Baustoffindustrie keine gesunde Basis vorhanden, noch fehlt die Ausführung der Bauprojekte, die letzten Endes den Baubedarf und damit die Nachfrage reguliert. Es kommen deshalb schon aus verschiedenen Bezirken Klagen über das Abflauen der Nachfrage, während andererseits erfreulicherweise auch Berichte über Zunahme der Bauprojekte vorliegen.“

Die in der Eingabe der Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden an den Deutschen Reichstag und den Reichswirtschaftsrat über die Krisis in der Bauwirtschaft gemachten Ausführungen behalten trotz der teilweise befristenden Nachfrage ihre volle Geltung. In der Eingabe wird nicht nur die Förderung des Wohnungsbaues, sondern auch die Inangriffnahme großer öffentlicher Bauwerke aller Art (Verkehrsbauten, Wasserbauten, Kraftwerke und dergleichen) gefordert. Kommt nicht schnelle und gründliche Hilfe von den berufenen Stellen durch Bereitstellung ausreichender Mittel, so ist das Schlimmste von unserem Bauwesen und damit von unserer gesamten Volkswirtschaft nicht abzuwehren.“

### Beitragungen

Von Fr. Heinrich, Karlsruhe

Gegenwart und nahe Zukunft stellen das deutsche Volk wieder vor die aller schwersten Belastungsproben. Marktentwertung, Teuerung, Lohnkämpfe, Spekulation und Angstkäufe vereinigen sich zu einem Bilde, dessen Trostlosigkeit kaum noch einer Steigerung fähig erscheint. Besonders hart werden die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger getroffen; sie erleben Wochen und Monate, die an ihren Lebenswillen und an ihre Lebenskraft die denkbar höchsten Anforderungen stellen.

Die Zuspitzung unserer wirtschaftlichen Lage, die in diesen Tagen Deutschland erneut mit dem Verfall in einen Abgrund bedroht, wurde zuerst sichtbar an dem Zusammenbruch unserer Währung, der diesmal wohl als vollständig bezeichnet werden kann und um so bedenklicher ist, da kaum

eine Aussicht besteht, ihm durch eine neue Stützungsaktion Einhalt gebieten zu können. Am 18. April stand der Dollar noch auf 22 000, inzwischen hat er den fast vierfachen Stand erreicht. Die deutsche Mark ist nicht mehr weit von dem tiefsten Stand der österreichischen Krone entfernt, und sogar die polnische Mark hat die deutsche bereits überholt. Deutschland, das Land der Industrie, des Fleißes und der Arbeit, mit seinen Verbindungen zu den Weltmärkten und den Weltmeeren, ist, was seinen Kredit anbelangt, auf den Stand des armenigen Oesterreich herabgesunken, ja noch tiefer gesunken als Polen. Draßlicher als durch diese Gegenüberstellung kann das wirtschaftliche Elend Deutschlands wohl nicht gekennzeichnet werden.

Der Umlauf an deutschen papierernen Zahlungsmitteln ist seit dem Kuchreindruck auf mehr als 7½ Billionen (eine Billion gleich tausend Milliarden!) Mark angeschwollen. Gleichzeitig ist die sich wachsende Schuld des Reiches um mehr als 7 auf 10 Billionen angewachsen. Dem Notenumsatz stehen noch 914 Millionen Goldmark der Reichsbank gegenüber, von denen nach ihrem Ausweis ein Viertel in England liegt. Die neue Devisenverordnung hat mit dem 15. Mai Geltung erlangt, aber keine Besserung der Mark gebracht. Im Gegenteil: der Schleichhandel mit Devisen ist in vollem Gange. Man hat den Eindruck, als ob die Reichsregierung diesmal den Dingen ziemlich freien Lauf ließe. Von einer Stützung der Mark ist augenscheinlich keine Rede mehr.

Die Preisschraube wird bei der riesigen Geldentwertung überall wieder kräftig angekreuzt und zwangsläufig folgt ihr, wenn auch in langsamerem Tempo, die Lohnschraube. Den Anfang machten die Kohlenpreise, die gewaltig, zuerst um 33 Prozent, anzogen. Die Rohisenpreise folgten. Am 1. Juni erlebten wir eine 50prozentige Erhöhung der Güter- und eine 100prozentige Erhöhung der Personentartische auf den Eisenbahnen. Eine Verdoppelung bis Verdreifachung des Brotpreises ist ebenfalls wirksam geworden. Die letzten Reste des Preisabtaues sind längst von der Teuerungswelle hinweggeschwemmt. Die Kurve auf dem Lebensmittelmarkt ist in raschem Steigen begriffen; die Teuerung fordert erbarmungslos ihre weiteren Opfer. Der Außenhandel der deutschen Volkswirtschaft entwickelt sich unglücklicher denn je.

Neben den volkswirtschaftlich berechtigten Preissteigerungen macht sich der Wucher geltend, der gierig die Notlage des Volkes für seine Profitinteressen ausnützt. Die Löhne und Gehälter werden knapp und knapper; sie reichen kaum mehr aus zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Lohn- und Gehaltssteigerungen sind aber andererseits in ausreichendem Maße bis jetzt nicht erfolgt. Nur zögernd wird von der Unternehmerseite den Forderungen der Arbeiter nachgegeben und damit werden die Verhältnisse von Tag zu Tag schlechter. Nach den wenigen Monaten der Ruhe und der Stabilität ist wieder jener furchtbare, nebenzerrüttende, revolutionäre Zustand der Unruhe im Wirtschaftsleben eingetreten, der schon mehr als einmal die Basis unseres an sich schwachen Staates zu vernichten drohte.

Was unsere heutige Lage aber viel schlimmer macht im Verhältnis zu ähnlichen früheren Situationen, das ist die ersprechende Aussicht, daß eine durchgehende Besserung einzuweisen gar nicht möglich sein wird. Die Inflation und die täglich sich mehrenden Ausgaben gegenüber geringeren Einnahmen verschlechtern die Mark fortwährend. Kein noch so scharfer Kampf gegen die Spekulation wird ihr weiteres Abgleiten aufhalten können. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Kampf gegen das Spekulantentum falsch wäre, nein, dieser ist mit den schärfsten Mitteln fortzuführen. Aber ich bin frei von jenem Massen-Ferium, der vor allem in der sozialdemokratischen Presse verbreitet wird, wonach die Spekulation an den deutschen Börsen allein oder in der Hauptfrage schuld sei an der Vernichtung unserer Zukunft. Nicht ist die Spekulation frei von

Schuld, aber es ist nur eine Teilschuld. Andere und wichtigere Faktoren sind es, die die erste und Hauptursache der Markverschlechterung bilden und geradezu zur Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken der Spekulation wurden. Man wird sich deshalb bei der Untersuchung der Gründe, die erneut diese Zustände herbeigeführt haben, davor hüten müssen, das Problem einseitig, nach einer bestimmten Richtung hin zu untersuchen, einzelne Faktoren der Hausse-Bewegung, z. B. die Industrie, besonders hervorzuheben, andere aber, nämlich die Banken und den Großhandel, zu vernachlässigen. Wie es sehr oft und leider auch mit bewußter Tendenz geschieht. Bei der Feststellung der Gründe wird man allerdings in erster Linie der Reichsregierung und der mit ihr zusammenarbeitenden Reichsbank Vorwürfe nicht ersparen können. Diese Stellen haben vor Monaten den Dollar von 50 000 auf 20 000 von einem Tag auf den anderen hinuntergejagt. Sie haben die Mark für eine längere Zeit stabil gehalten, was gewiß zu begrüßen und notwendig war, aber es hat sich jetzt herausgestellt, daß die verantwortlichen Stellen bei jener starken Marktstützung nicht mit den Entwicklungsmöglichkeiten realpolitisch genug gerechnet haben. Sonst hätten sie sich schon in den ersten Anfängen der Stützungsaktion darüber klar werden müssen, daß eines Tages der Vorrat an Devisen bei der Reichsbank infolge der stetigen Abgaben aufgebraucht sein würde. Auf diesen Tag hat man sich aber nicht vorbereitet. Nachdem dann der Zusammenbruch der ersten Stützungsaktion erfolgt war, hatte es den Anschein, als ob die Herren in und um die Reichsbank zunächst kopflos geworden wären. Man hat wochenlang über neue Maßnahmen verhandelt und indessen die Spekulation gewähren lassen, bis es zu spät war. Vor allem aber ist bei der Stützungsaktion die notwendige Kreditbeschränkung nicht in dem Umfange durchgeführt worden, wie das hätte sein müssen, um wirklich erfolgreich zu arbeiten. Man hat wohl gegen die Spekulation gekämpft, aber mit unzulänglichen Mitteln.

Andererseits darf allerdings die Mitschuld der deutschen Spekulation nicht übersehen werden. Leider sind es nicht nur die wilden Spekulanten, sondern offensichtlich auch sogenannte ernsthafte Kreise der Industrie und mehr noch der Banken und des Handels, die den Tag nicht erwarten konnten, bis der Dollar wieder höher stand. Neben manchen natürlich erscheinenden Gründen für diese Devisensteigerungsaktion seitens bestimmter Wirtschaftskreise ist sicher der reine Interessensstandpunkt vorherrschend gewesen. Daß die Devisenspekulation auch heute noch weiter ihre traurige Arbeit fortsetzt, beweist wohl am besten die Tatsache, daß die Dollarspekulationen der letzten Reichsgoldbankleihe jetzt zum wilden Spekulationsobjekt geworden sind. Das lebhafteste Termingeschäft floriert in diesen Papieren. So wurden auf Termine mit Ende Juni bis zu 75 000 Mark, mit Ende Juli bis zu 80 000 Mark und darüber für die Dollareinheit bezahlt. Daraus mag man ersehen, welche Hoffnungen die Spekulation heute schon auf ein weiteres Sinken der Mark setzt. Indessen wäre es durchaus verfehlt, für den heutigen Stand der Mark, die Spekulation allein oder in der Hauptsache verantwortlich zu machen. Man darf zunächst nicht vergessen, daß es neben der deutschen Spekulation auch die internationale

Spekulation ist, die in der Ermägung der wirtschaftlichen und politischen Aussichten Deutschlands die Mark steigen oder, wie jetzt, sie fallen läßt. Daraus ergibt sich weiterhin, daß vor allem auch die außenpolitische Lage des Reiches für den Stand seiner Valuta eine Rolle spielt. In diesem Zusammenhang ist nicht zuletzt das Ausland selbst, und ich meine dabei nicht bloß die ausländische Spekulation, sondern auch die ausländischen Regierungen, für den neuen Marksturz verantwortlich. Eine günstigere Beurteilung der deutschen Reparationspolitik durch das maßgebende Ausland hätte sicherlich die Mark vor den katastrophalen Stürzen der letzten Tage bewahrt.

Das sind unmitelbare Gründe für die jüngste Markkatastrophe. Neben ihnen wirken aber stetig und als Ausgangspunkt der Valutaverschlechterung die fortschreitende, immer größere Ausmaßannahmende Papiergeldinflation durch den Notendruck und die immer ungünstiger werdende Handels- und Zahlungsbilanz der deutschen Wirtschaft. Das Versagen der Marktstützungsaktion und das Versagen aller anderen künstlichen finanztechnischen Mittel zur Stabilisierung der deutschen Valuta ist ja schließlich nur ein Beweis dafür, daß die künstliche Sanierung einer Valuta für die Dauer ein Widerspruch ist. Nur die balancierte aktive Wirtschaft eines Volkes und das Ueberwiegen des Volkseinkommens gegenüber den Ausgaben verbürgt eine stabile Währung. Diese Tatsache sollte doch endlich überall auch in Arbeiterkreisen erkannt werden.

Trübe ist nach Lage der Verhältnisse der Ausblick in die nahe Zukunft. Die Aussichten auf eine Verständigung in der Reparationsfrage sind nicht besser geworden. Frankreich holt sich auf gewalttätige Weise die deutschen Produkte, wie es dieselben braucht (Farbe, Kohle usw.) und scheint es auf die gründliche Zerstörung der deutschen Gesamtindustrie im Westen abgesehen zu haben. Man wird sich darauf gefaßt zu machen haben, daß die schwersten Zeiten für Deutschland erst jetzt kommen. Der Kampf der gegenwärtig im Ruhrgebiet mit äußerster Zähigkeit auf beiden Seiten ausgefochten wird, schlägt dem deutschen Wirtschaftsleben die schwersten Wunden, von denen sich dieses mit Mühsamkeit erholen können, und auch nur dann, wenn unsere Feinde in Wäldern einsehen haben werden. Man möchte bald am Weltgewissen verzweifeln.

Es muß aber nun endlich erwartet werden, daß jetzt die bestehenden Kreise die Opfer bringen, die von ihnen im Interesse des Ganzen gefordert werden müssen. Aber auch die Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten mögen sich darüber klar sein, daß ohne ihr Zutun, ohne ihre erhöhte Arbeitsleistung, auch die Belastung des Besitzes nicht ausreichen wird, um ein solches Reparationsangebot zu machen, das imstande wäre, daß deutsche Volk von dem unerquicklichen Zustand dieser Tage zu befreien.

Möge Gott uns die Kraft geben, daß wir die uns noch bevorstehenden Belastungsproben bestehen. Bei allseitigem gutem Willen und energischer Kraftentfaltung wird es möglich sein. Die deutsche Freiheit und Selbständigkeit muß erkämpft werden.

## Wer zahlt in Deutschland Steuern?

Die unvollständige „Bauzeitung“

Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ schreibt: „Es gibt eine gewisse Presse in Deutschland, die alte, längst zerbrochene Schlagworte mit einer Hartnäckigkeit nachpappelt, die alle Bewunderung verdient. Man hat den Eindruck, daß in solchen Redaktionen keine andere Zeitung als die eigene gelesen würde, und die Produkte dieser andauernden Inzucht sind dann danach. Zu diesen Zeitungen scheint uns das „Badener Tageblatt“ zu gehören, das in seiner Nummer vom 5. Mai d. J. folgende interessante Ausführungen macht:

„Wie scharf der Besitz in Deutschland besteuert wird, läßt sich schon daraus ersehen, daß sogar bei der Brüsseler Konferenz die deutsche Besitzsteuer als zu überspannt betrachtet worden ist. Demgegenüber ist die steuerliche Heranziehung aus Lohn und Gehalt verhältnismäßig gering. Der ursprünglich zugrunde gelegte Abzug von zehn Prozent ist seit einiger Zeit erheblich herabgesetzt worden. Bei einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern z. B. auf sechs bis sieben Prozent. Im Jahre 1921 entfielen 18,6 Prozent der steuerlichen Einkünfte auf die Lohnsteuerpflichtigen, während 81,4 Prozent von anderer Seite aufgebracht worden sind. Dabei ist die Frage offen zu lassen, ob tatsächlich immer diejenigen, für die Steuermarken gefordert werden, diese auch wirklich aus eigenem Einkommen entrichtet haben. In vielen Fällen wird jedenfalls bei den Lohnverhandlungen Steuerabzug berücksichtigt.“

Es wäre für die Leser des „Deutschen“ eine Belastung ihrer Zeit und ihres Gedächtnisses, gegen diese völlig haltlosen, die Dinge auf den Kopf stellenden Ausführungen Stellung zu nehmen. Wir verweisen nur auf den in Nr. 107 gebrachten Artikel, in dem festgestellt wird, daß die seit vielen Monaten weitaus größten Bissen im gesamten Steuereinkommen die Einnahme aus Lohn- und Gehaltsabzug sind, und daß der prozentuale Anteil der Lohnsteuer in dem gesamten Einkommen aus der Einkommenbesteuerung noch fortwährend steigt und im Monat März sogar 90 Prozent überschritten hat. Das dürfte dem Artikelschreiber des „Badener Tageblattes“ auch bekannt sein. Wenn er über die geringste steuerpolitische Ahnung verfügt, so sollte er jerner wissen, daß man im Jahre 1923 nicht mit den Steuerziffern vom Jahre 1921 jonglieren kann. Alles in allem ist dieser Artikel eine üble Blamage für ein Blatt, das ernst genommen werden will.“

Wir können diese Kennzeichnung eines dumm-plumpen Versuches, die Deffektivität von dem wahren Stand der Dinge abzulenken, ja diesen in sein Gegenteil zu verkehren, nur unterschreiben. Nur tut der „Deutsche“, wenn er, wie es scheint, annimmt, die zitierten Ausführungen seien die vereinzelte Entgleisung des genannten badischen Mätkchens. In der Nr. 17 der „Bauzeitung für Rheinland, Westfalen und Nachbargebiete“ steht der obige Erguß wortwörtlich abgedruckt, und zwar ohne jeden Vorbehalt der Zerschmetterung. Wir können wohl darauf verzichten, diese Art des Steuerkampfes in den Spalten der „Bauzeitung“ näher zu kennzeichnen, denn das ist in den obigen Darlegungen des „Deutschen“ mit hinreichender Deutlichkeit geschehen.

Sollte aber die „Bauzeitung“ wirklich so unvollständig sein, als sie sich anstellt, dann können wir ihr nicht bringen genug den Ruffay „Der Kampf für die Steuer-gerechtigkeit“ in der gleichen Ausgabe des „Deutschen“ (Nr. 271 vom 5. Juni 1923) zum Studium empfehlen. Dort ist über die Steuerlastverteilung zwischen Besitzenden und Besitzlosen ein außerordentlich interessantes Material zusammengetragen. Hier interessiert uns in erster Linie das Verhältnis zwischen dem Ertrage der Einkommen-

Gibt uns die alten, engen Ordnungen  
 - Beruh nicht achten! Köstlich unschätzbare  
 Gewichte sind's, die der bedrängte Mensch  
 Zu keiner Dränger rathen Willen laßt;  
 Denn immer war die Willkür fürchterlich -  
 Der Weg der Ordnung, geht er auch durch Armeen,  
 Er ist kein Unweg. -

Schiller.

## In Zahlen denken lernen!

Von A. Gagemeyer, München.

(Schluß)

Das Denken in Zahlen ist heute zu einer Notwendigkeit geworden, will man nicht bei der einseitigen Handlung im täglichen Leben sich der Gefahr der Ueberspannung aussetzen. Das Denken in Zahlen bringt aber auch für den gewissenhaften Menschen manchen inneren Kampf, den er mit sich selbst abzumachen hat. Für uns handelt es sich in der Hauptsache um den realen Begriff der Lohnzahlen. Das Einkommen des Tages oder der Woche darf nicht nach einer fünf-, sechs- oder siebenstelligen Zahl beurteilt werden, sondern nach der Gesamtheit der Gegenstände, die man zum Lebensunterhalt für diese Zahlengrößen einzutauschen kann. Es muß also gelernt werden, den Wert der Zahl, in diesem Falle der Geldzahl, einigermaßen zutreffend einzuschätzen. Wir erleben oft, daß hierüber die größten Verwirrungen herrschen. Deswegen freuen sich herzlich, wenn der Mann am Sonntag eine ganze Briefstafel voll wandernden bedruckten Posters herüberbringt. Und sie wagen sich noch dem Einkäufer der notwendigen Gegenstände kaum mehr nach Hause, um Bericht über ihre Gelohnwertung

zu erstatten. Den wirklichen Wert der auf die Scheine gedruckten Zahlen haben sie erst im Laden erfahren. Wiederum gibt es Leute, die auf Grund der heutigen Lohndruckausdrücke die Wirtschaft für lässig halten, das zahlenmäßige Geldbedürfnis ins Unendliche zu steigern, und sie ahnen nicht, daß Vermehrung der Geldzeichen keine Vermehrung, sondern Verminderung des Geldwertes bedeutet. Ein Beispiel: Eine große Anzahl von Landwirten hat sich daran gewöhnt, den letzten Viehmarktpreis als nächsten Stallpreis für ihr verkaufliches Vieh anzusehen. Mit einer erstaunlichen Ruhe fordern sie immer höhere Preise und sehen die Zeiten als goldene an, die ihnen immer größere Haufen von Papier einbringen. Und übersehen dabei, daß jede zahlenmäßige Preissteigerung des einen verkauften Produktes letzten Endes eine Gesamtminderung der noch in ihrem Besitz befindlichen Mobilien und Immobilien bedeutet. Unerfahrene Leute sind fähig, mit einem hoch aussehenden Geldbetrag Ausgaben zu machen, die sie in kürzester Zeit an den Ruin bringen. Solche Menschen sind eigentlich die Karren der heutigen künstlich aufgeblähten Wirtschaft.

Wir wollen aber auch des einen Typus nicht vergessen, den wir in unseren Kreisen leider manchmal unangenehm bemerken. Es sind die Kollegen, die bei der Beurteilung von Lohnverhältnissen all die wirtschaftlichen Erwägungen, all die ungeheuren Mühen bei Verhandlungen, all den Nervenerverbrauch der Verhandelnden bei ihrer Abwägung des Erreichbaren beiseite schieben und nur die Summe der Lohnhöhe mit ihrer durch kein Wissen und keine Verantwortlichkeit beschwerten Auffassung bewerten. Da ist der Lohn nicht hoch genug, was sie uns gar nicht zu sagen brauchen, weil wir es genau so wissen wie sie selbst. Da ist der Verband wertlos, weil sie nur an sich denken und all die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auch den Gewerkschaften durch die

Zeitverhältnisse erwachsen, nicht in Beurteilung ziehen. Da sind die Führer schlappe Kerle, denen man gehörig einheizen muß. Ist dann die Lohnfrage glücklich erledigt und die andere Seite, die Anpassung der Beiträge an die Geldwertung, der eben noch von den Führern nicht genug Rechnung getragen wurde, zur Tagesordnung gestellt, dann wird das Bild anders. Dann kann man den gleichen Stundenlohnbeitrag, der als Stundenlohn für ihn nicht ausreicht, für den Verband nicht zahlen oder hält ihn für nicht notwendig. Daß die gleichen Wirtschaftsgesetze der Geldwertung auch für den Verband zutreffen, will einfach - und da darf man schon sagen böswilligerweise - nicht verstanden werden. Dann muß wieder der Teil der Kollegen, der den Lohn auf Grund seiner Einschätzung der Wirtschaftsmöglichkeiten angenommen hat, gegen jenen der Eiferer den notwendigen Beitrag beschließen. Manche Unstimmigkeit im Gewerkschaftsleben, mancher unnütze Zeitverbrauch in Versammlungen, manche persönliche Verstimmung und manche Gewerkschaftsverdröhenheit wäre nicht vorhanden, wenn alle in den heutigen Zahlen gerecht und ehrlich denken würden.

Ehrlich gerade auf diesem Gebiet zu sein, wollen wir uns ernstlich bestreben. Wir, die wir alle unter den heutigen Verhältnissen leben, die alle dem Lohn der Zahl ausgeliefert sind, wollen nicht die Zahl über uns herrschen lassen, sondern als christliche Arbeiter den Gehalten hoch halten: Der Mensch ist der Mittelpunkt der Wirtschaft. Damit er es sei und bleibe, auch dem Verband gegenüber in Zahlen ehrlich gedacht.

Fremde seien wie Steine desselben starken  
 Gewölbes;  
 Tragend des anderen Last, wehr' sie dem  
 eigenen Fall.

Georg Rowottnid.

reiner aus Lohnabzügen und dem aus der Veranlagung. Für die letzten Monate ergibt sich folgendes Bild:

Von dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer entfiel auf Lohnabzug im

August 1922	57,13 v. H.	Januar 1923	90,00 v. H.
September 1922	57,13	Februar 1923	94,22
Oktober 1922	71,97	März 1923	95,20
November 1922	75,79	April 1923	78,70
Dezember 1922	82,19		

Die erstmalige Senkung des Lohnsteueranteils im April nach einem monatelangen ununterbrochenen Anstiegen ist die erste Wirkung des Steueranpassungsgesetzes. Aber auch so bleiben die Verhältnisse noch ungerecht genug. Der vorhergehende Zustand war schließlich unerträglich geworden und konnte nur noch als offener Steuerstand bezeichnet werden. Zugabe, daß steuerrechtliche Mängel schlimmster Art zu dieser durch und durch ungesunden Entwicklung beigetragen haben. Aber gar kein Zweifel kann sein, daß die Hauptschuld auf das Konto der außerordentlich tief gesunkenen Steuer-moral der Besizenden zu buchen ist.

Wir können uns demnach dem „Deutschen“ nur anschließen, der den erwähnten Artikel wie folgt abschließt:

„Eine auch nur oberflächliche Betrachtung der hauptsächlichsten Einnahmequellen des Reiches macht deutlich, daß der überwältigende Teil davon von der Gesamtheit des Volkes, also auch von der Arbeitnehmer-schaft mit getragen werden muß. Das gilt nicht nur für die Einkommensteuer, sondern vor allen Dingen auch für alle Verbrauchssteuern, so für die Umsatzsteuer, für Förderungsabgaben, für Zölle, Kohlensteuer, Tabaksteuer usw. Wenn indirekte Steuern und Zölle auch nicht direkt vom letzten Verbraucher gezahlt werden, so bedarf es doch keiner Beweisführung, daß diese Summen in den Preisen enthalten sind. Das gilt natürlich auch für Abgaben, wie beispielsweise die Körperschaftsteuer, die Kapitalverkehrssteuern, Wechselstempelsteuer und dergleichen, da es sich ja von selbst versteht, daß diese öffentlichen Lasten als Geschäftskosten gelten und durch entsprechende Preisgestaltung auf die letzten Verbraucher weitergewälzt werden. Diesen gewaltigen Summen gegenüber verschwinden die reinen Vermögens- und Besitzsteuern fast bis zur Unkenntlichkeit. Die mehr als geringen Hunderttausende des Aprilaufkommens aus der Zwangsanleihe und der Vermögenssteuer sind dafür ein herabes Zeugnis. Sie kündigen aber auch gleichzeitig den immer noch sehr mangelhaften Willen der zur Ausbringung dieser Steuer Verpflichteten. Werne machen wir auf den Hinweis aufmerksam, daß aus der Zwangsanleihe im Mai große Summen zu erwarten sind. Die Mai-Statistik wird zeigen, ob diese Voraussage gerechtfertigt ist.“

Auch aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß zu den verdinglichsten innerdeutschen Aufgaben eine wirklich großzügige Steuerreform gehört, die unter möglichster Vereinfachung des Systems eine gerechte Verteilung der tragfähigen Schultern durchführt. Sobald der Zeitpunkt dafür gekommen sein wird, — das darf heute schon gesagt werden —, wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, ungehemmt durch alle Quertreiber der Interessenten, bei dieser Arbeit der Schrittmacher sein, denn ohne steuerliche Gerechtigkeit wird es unmöglich sein, eine Volksgemeinschaft zu schaffen, die für die von uns allen geforderte größte Opferbereitschaft tragfähig ist.“

### Allgemeine Rundschau

#### Zur Beseitigung der Steuerungerechtigkeit

hat sich unser Deutscher Gewerkschaftsbund mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium gewandt, in der es u. a. heißt:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund gestattet sich, Ihre Aufmerksamkeit, Herr Minister, auf die Erregung im Lande zu lenken, die gewisse Bestimmungen des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldwertveränderung in den Steuererträgen in weitesten Kreisen hervorgerufen haben. Die durch das genannte Gesetz geschaffenen Bewertungsgrundlagen für die Einkommenbesteuerung lassen in ganz unangenehmem Umfang die Veranlagungspflichtigen von der Einkommensteuer in diesem Jahre teils völlig frei, teils ermöglichen sie die Zahlung einer überhaupt nicht ins Gewicht fallenden Summe.

Da die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer im laufenden Jahre aufgebaut sind auf der Steuerertragsbasis bezw. Veranlagung vom April dieses Jahres, so muß diese Vorauszahlung, auch wenn im Hinblick auf die Steueranpassung d. J. als vierteljährliche Vorauszahlung festgesetzt würde, praktisch kaum einen für den einzelnen Konsumenten merklichen Betrag ergeben. Da die Lohnsteuerpflichtigen jeweils ihre Steuer in gutem Gelde zahlen und die wöchentlichen bezw. monatlichen Abzüge sich der Veränderung laufend anpassen und einen erheblichen Prozentsatz des Einkommens bedeuten, so erfordert es die Gerechtigkeit, daß die Veranlagungspflichtigen in einer anderen Weise zur Einkommensteuer herangezogen werden. Wir bitten unsererseits daher vor, daß für die vierteljährliche Vorauszahlung der Einkommensteuer die Einkommensteueranpassung bezw. Einschätzung des Jahres 1922 (also für das tatsächliche Einkommen des Jahres 1921) zur Grundlage gemacht und dieser Grundbetrag mit einem durch die Hochwasserhochrechnung jeweils vier Wochen vor Fälligkeit auf der Basis der Entwicklung des Lebenshaltungskostensindex festzusetzenden Multiplikator vervielfacht wird. Eine Vervielfachung für die Vorauszahlungen auf der Grundlage der Steuerertragsbasis von 1922, also für das Einkommen von 1922, würde aus den

### Am 16. Juni 1923 ist der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

oben angeführten Gründen in der Mehrzahl der Fälle praktisch nichts ergeben.

Um außerdem die Ungerechtigkeiten, die angesichts der Geldwertveränderung in der Geringfügigkeit der bereits gezahlten Quartalsraten liegt, zu beseitigen und um den Lohnsteuerpflichtigen zu zeigen, daß es der feste Wille der Regierung ist, mit der bisherigen Bevorzugung der Veranlagungspflichtigen zu brechen, möchten wir nachfolgenden Vorschlag machen:

Es wird eine einmalige Nachzahlung der Einkommensteuer erhoben, und zwar in der Höhe des zwanzigfachen Betrages der im Jahre 1922 (für das Jahr 1921) gezahlten Einkommensteuer. Wir verhehlen uns nicht, daß mit diesem Modus hier und da gewisse Härten verbunden sein können und sind deshalb damit einverstanden, daß über die im Einkommensteuergesetz an sich vorhandenen Erleichterungsmöglichkeiten hinaus, noch besondere Schutzvorschriften zur Vermeidung offensichtlicher Benachteiligungen geschaffen werden.

Eine unbedingt notwendige Ergänzung dieser Vorschläge ist selbstverständlich die baldige Schaffung neuer Bewertungsvorschriften für die Feststellung des Einkommens des Jahres 1923, die auch auf die Vermögensbesteuerung auszudehnen wären.

Aus den gleichen Gründen heraus und zur Erreichung des gleichen Zieles halten wir es weiter für notwendig, daß die Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes entsprechend den Vorschlägen umgestaltet werden, die wir vorstehend für die Zahlungen aus dem Einkommensteuergesetz uns zu machen erlaubt haben.

#### Was meint der „Grundstein“?

Nämlich mit folgenden Sätzen in seiner Nr. 21 vom 26. Mai 1923:

„Es lag so wie in jenen Zeiten, als die christlichen und andere Gegenorganisationen aufstamen. Mancher Streik wurde durch die Verzettlung der Kräfte und durch das Bestreben dieser Organisationen, sich unter allen Umständen Geltung zu verschaffen und am Leben zu erhalten, ungünstig beeinflusst. Der Zweck heiligt auch die schiefsten Mittel.“

Ein gewisses Recht kommt in diese Sätze durch die nachfolgenden, in denen den Kommunisten vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter vorgeworfen wird, sie spielten nach außen den starken Mann und stellten Forderungen auf, deren Verwirklichung sie zurzeit selbst nicht für möglich hielten. Also die Kommunisten auf den Spuren der Christlichen! Schredlich — für die Kommunisten! Wenn diese sich jetzt noch nicht für besiegte erklären, dann hilft nichts mehr. Aber will der „Grundstein“ im Ernste behaupten, daß es „ganz so“ einst die christlichen und allerdings „anderen“ Organisationen gemacht haben? Es wäre immerhin eine neue Note in dem einst so einseitigen Geschrei von den „berufsmäßigen Streikbrechern“ und sonstigen unternehmerfreundlichen Taten der Christlichen. Also der „Grundstein“ muß schon deutlicher werden, wenn wir seine reichlich dunkeln Andeutungen verstehen sollen.

#### Änderung im Betriebsrätegesetz

Durch Gesetz vom 29. April ist der § 87 des Betriebsrätegesetzes abgeändert. Damit wurde zweifellos einen dringenden Bedürfnis entsprochen. Die fortlaufende Geldentwertung hatte nämlich zur Folge, daß die dem Arbeitgeber auferlegte Entschädigungspflicht für den Fall der Nichtwiedereinstellung eines zu Unrecht entlassenen Arbeitnehmers geradezu den Anreiz bot, die Entschädigung und nicht die gewollte Weiterbeschäftigung zu wählen. Da nach dem bisherigen Wortlaut des Gesetzes festzusetzende Entschädigungssumme war oft so gering, daß die Unternehmer sich mit einigen tausend Mark unliebsam gewordene Arbeiter vom Hals schaffen konnten. Daher hat der § 87 des Betriebsrätegesetzes nun folgenden Wortlaut erhalten:

§ 87  
Ueber den Einspruch (§ 84) wird im gegenseitigen Schlichtungsverfahren endgültig entschieden.

Wohlt die Entschädigung dahin, daß der Einspruch gegen die Kündigung gerechtfertigt ist, so ist zugleich für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuerlegen. Die Entschädigung bemisst sich nach der Zahl der Jahre, während derer der Arbeitnehmer in dem Betrieb insgesamt beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt werden, jedoch im ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes sind mit einem Betrag in Ansatz zu bringen, der der zur Zeit der Entschädigung maßgebenden Lohn- oder Gehaltshöhe der Berufsgruppe entspricht. Dabei ist sowohl auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers als auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers angemessene Rücksicht zu nehmen. Die Entschädigung schafft Recht zwischen dem beschäftigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Innerhalb dreier Tage nach Kenntnis von dem Eintritt der Rechtskraft der im Schlichtungsverfahren ergangenen Entscheidung hat der Arbeitgeber den Arbeitnehmer mündlich oder durch Aufgabeperson zur Post zu erklären, ob er die Weiterbeschäftigung oder die Entschädigung wählt. Erklärt er sich nicht, so gilt die Weiterbeschäftigung als abgelehnt.

Kommt der Arbeitgeber mit der Zahlung der Entschädigung in Verzug, so hat der Arbeitnehmer auch den durch die Geldentwertung entstehenden Schaden zu ersetzen.

Wir empfehlen, das Betriebsrätegesetz mit dieser so überaus wichtigen Änderung zu vervollständigen. Die Bemessung der Entschädigungspflicht hat nicht mehr nach einem Bruchteil des letzten Jahresarbeitsverdienstes zu erfolgen, sondern es wird der zur Zeit der Entscheidung geltende Lohn der fraglichen Berufsgruppe, der der Antragsteller angehört, zugrunde gelegt.

### Die Schwächung der Arbeitskraftbasis

Die wirtschaftliche Stellung, welche Deutschland vor dem Kriege inne hatte, beruhte — im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, im besonderen zu England, Frankreich, namentlich den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika — weniger auf den natürlichen Reichtümern des Landes oder der Kolonien, als vielmehr in erster Linie auf der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung seiner Bewohner.

Nachdem Deutschland durch den Vertrag von Versailles weite Gebiete und gerade solche Gebiete, die sich entweder durch besondere Fruchtbarkeit (Nord-Schleswig, Westpreußen, Posen, Elsaß-Lothringen) oder durch Kohlen- und Erzreichtum (Oberschlesien und Lothringen) auszeichneten verloren hat, ist es jetzt in noch weit höherem Maße als früher auf die Arbeitskraft seiner Bevölkerung angewiesen. Diese aber hat durch den Krieg von Versailles eine ungeheure Schwächung erfahren.

Nach der letzten großen Berufszählung von 1907 gab es im Deutschen Reich alten Umfangs (bei einer Gesamtbevölkerung von 51,7 Millionen) 26,8 Millionen erwerbstätige Personen. Auf die abgetretenen Gebiete entfallen davon nicht weniger als 2,7 Millionen Erwerbstätige. Rund ein Zehntel der ehemaligen gesamtdeutschen Arbeitskraft hat demnach das Reich mit den abgetretenen Gebieten verloren. Der Verlust ist ungefähr so groß wie die Gesamtzahl der Erwerbstätigen Belgiens (2,9 Millionen im Jahre 1910) oder der Erwerbstätigen von Schweden und Norwegen (2,0 + 0,8 Millionen im Jahre 1910) zusammengenommen.

#### Wenn wir es wären!

In der „Dachdecker-Zeitung“, dem Organ des sozialistischen Dachdeckerverbandes, findet sich in einem Bericht der Zentrale Berlin folgende Stelle:

„Dem Vorschlag des Vorstandes, die 500 M. vom Unternehmer Fuhlmann nicht wieder zurückzuschicken, aber in Zukunft keine Gelder von Unternehmern anzunehmen, wird zugestimmt.“

Es interessiert uns nicht, wofür das Geld gegeben wurde. Wir nehmen vielmehr ohne weiteres an, daß es sich um eine einwandfreie Sache handelt. Aber wir erinnern uns, wie oft wir früher von sozialistischer Seite der finanziellen Unterstützung durch die Unternehmer verdächtigt wurden, ohne daß auch nur ein solcher Beweis vorgelegt hätte. Und wie würde es selbst heute noch sein, wenn eine Mitteilung des obigen Inhalts etwa in den Spalten unseres Blattes gestanden hätte! Der ganze sozialistische Blätterwald würde widerhallen von dem Geschrei über die mit Unternehmern gemischten christlichen Gewerkschaften. So liegt's umgekehrt, aber nochmals, es ist sicher eine harmlose Sache.

#### Der witzige Vandervelde

Eine Episode aus den Verhandlungen des kürzlich zu Ende gegangenen internationalen sozialistischen Kongresses in Hamburg ist wert, der Vergessenheit entrissen zu werden. Wir zitieren nach dem Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 241 vom 26. Mai 1923):

„Referent Vandervelde-Belgien: Ich kam die Ausführungen von Silberding und Webb unterschreiben, möchte aber diese erste Gelegenheit, nach dem Kriege vor einem internationalen Kongress zu sprechen, benutzen, um darzulegen, worin die Besonderheiten der belgischen Partei bestehen. Mir selbst wird vorgeworfen, daß

meine Unterschrift unter dem Versailler Vertrag steht. Diese brutale Tatsache ist wahr. Wenn mich dabei etwas tröstet, so die Tatsache, daß ich nicht der einzige Sozialist bin, der ihn unterschrieben hat, sondern daß auch der Name Hermann Müller darunter steht. (Rudolfiani: Das ist etwas ganz anderes!) Im übrigen ist meine Unterschrift erfolgt im Einverständnis mit der gesamten belgischen Partei. Wir mußten diese Unterschrift leisten; denn sie bedeutete für uns die Befreiung unseres Landes von der fremden militärischen Besetzung und die Festlegung unseres Anspruches auf Reparationen. Außerdem haben wir verschiedene Reserven bei diesem Vertrag gemacht!“

Daß Herr Vandervelde seine Tat der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der des deutschen sozialistischen Ministers Hermann Müller auf eine Stufe stellt, können wir und wohl alle aufrechten Deutschen nur als eine blutige Verhöhnung unseres Glucks und unserer Ohnmacht empfinden, die uns damals zur Unterschrift des Versailler Expressionsvertrages zwangen. Aber richtig, Herr Vandervelde und die Seinen haben ja „Reserven“ gemacht. Schade nur, daß wir bisher davon noch nirgends etwas bemerkt haben. So redet man sich heraus, wenn man eine unangenehme Tatsache zu verteidigen hat. Und nicht einmal mit der Wahrheit nimmt es Herr Vandervelde genau. Er will angeblich seine Unterschrift geleistet haben, um u. a. sein Land von der fremden militärischen Besetzung zu befreien. Dabei weiß er ganz genau, daß schon lange Monate vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages kein deutscher Soldat mehr auf belgischem Boden, wohl aber umgekehrt belgische Soldaten auf deutschem Boden standen. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß wenigstens einer der Kongreßteilnehmer gegen die Demagogie des Herrn Vandervelde Protest einlegte. Es war ein Italiener.

#### Reibet den Alkohol!

Die evangelischen Arbeitervereine des besetzten westlichen Gebietes nahmen in einer außerordentlichen Generalversammlung in Düsseldorf Stellung zu der Alkoholfrage, und führten nach eingehender Beratung folgende Entschliebung, welche sofort der Reichsregierung überfandt wurde:

„Die evangelischen Arbeitervereine des besetzten Westens fordern die hohe Reichsregierung auf, ungeachtet dieser schlimmsten inneren Feind des Vaterlandes mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Ungezähle gehen zugrunde aus Mangel an Nahrung. Unserem Vieh- und Menschen fehlen die nötigen Futtermittel und tropfen werden

Wirtschaftlich wertvollster Stoffe der Ernährung von Menschen und Vieh entzogen und restlos für den Alkohol veräußert. Die Ausgaben für die durch den Alkoholgebrauch verarmten Familien, degenerierte Nachkommenschaft sowie auf die Bahn des Vasters und Verbrechens geführte Volksgenossen übersteigen weit die Steuereinnahmen aus den Alkoholbetrieben. Die Geschichte zeigt jedem, daß der moralische Tiefstand eines Volkes aufs engste zusammenhängt mit seinem Alkoholverbrauch. Wir wollen wieder hochkommen, bedürfen dazu aber der festen Hand der Reichsregierung. Das Volk wartet auf die Führung seiner höchsten Behörde in diesem Kampf. Wir sind zurzeit zu schwach und zu elend, um nicht auf den Alkoholgebrauch verzichten zu können. Die hohe Reichsregierung darf überzeugt sein, daß der weit überwiegende Teil der Arbeiterschaft aller Parteien und Konfessionen in diesem Kampf entschlossen hinter der Regierung steht."

### Wirtschaftliche Bewegung

#### Reichstaxi-Vertrag für das Dachdeckergerwerbe

Nach längerer Verzögerung sind endlich am 9. Juni die Verhandlungen über den Neuabschluss eines Reichstaxi-Vertrages wieder aufgenommen worden. Es wurde auch eine volle Einigung erzielt und soll der neue Reichstaxi-Vertrag zum 1. Juli in Kraft treten. Ueber die Gestaltung des Vertrages im einzelnen werden wir in der nächsten Nummer ausführlich berichten.

### Sozialversicherung

**Kassenbeiträge für Kurzarbeiter.** Mit Wirkung vom 30. April 1923 hat der Reichstag ein Gesetz beschlossen, nach dem die Kassenbeiträge für Kurzarbeiter in derselben Höhe an die Kasse abzuführen sind, wie bei Arbeitnehmern, die während der ganzen Woche beschäftigt werden. Dem Versicherungsnehmer dürfen jedoch nur die Beitragsteile abgezogen werden, die auf ihn bei Grundabrechnung des geringsten Verdienstes entfallen würden. Die von dem Arbeitgeber für die übrigen Arbeitstage gezahlten Versicherungsbeiträge werden diesem in voller Höhe durch die Erwerbslosenfürsorge zurückerstattet.

### Aus dem Verbandsleben

#### Mangelnde Logik!

Die Redaktion der „Dachdecker-Zeitung“ (Organ des sozialdemokratischen Dachdeckerverbandes) scheint sich geistig den heutigen verwirrten Zeitverhältnissen anzupassen. In einem Artikel: „Dreißig Milliarden und einunddreißig Vorbehalte“ kritisiert sie die Angebotspolitik der Reichsregierung. Dazu hat sie ein politisches, vielleicht auch ein gewerkschaftliches Recht. Das Verhalten der Reichsregierung bedarf sogar in dieser Frage einer sachlichen Kritik. Falls, ist es aber und für jeden religiös empfindenden Menschen beleidigend, wenn diese Kritik mit den Worten beginnt:

„Unsere Regierung hat der liebe Gott anscheinend in einem Enzelle größten Korns geschaffen. Er hat Deutschland einmal zeigen wollen, wie rückständig es damals sein kann, der immer noch zum Regieren fähig ist. Dieser teuflische Scherz ist trefflich gelungen.“

Es, ein Bebel oder Liebknecht oder sonst ein großer sozialistischer Sozialist wie einmal auf das sogenannte Gottesgnadentum weltlicher Herrscher hin und prägte im Zusammenhang damit das Wort: „Wir, das Proletariat, von Gottes Horn“. Davon hat offenbar die Schriftleitung der „Dachdecker-Zeitung“ gedacht, als sie das Schlagwort „von Gottes Horn“ mit der jetzigen Reichsregierung in Verbindung brachte; es sind hier nur die Häden etwas durcheinander geraten. Ja, ja, das Denken in Schlagworten hat noch keinen Menschen klüger und reifer gemacht.

Was kann man schließlich mit Worten vom Schläge der Schriftleitung der „Dachdecker-Zeitung“ über unseren Herrgott reden. Sie registern ihn und zitieren ihn höchstens in irgendwelcher Weise für ihre „Gewerkschaften“. Was ist denn eigentlich Gott? Der Mensch ist ein höchst unvollkommenes, irdisches „Ich“ im großen Werden und Vergehen der Natur. Und diese Unvollkommenheit ist das charakteristische Merkmal jedes Geschöpfes und jedes Geschlechtes, weil eben jedes und alles zum Dienste des Schöpfers berufen ist. Dieses unvollkommene irdische Dasein aber gerade das, was uns Gott ist. Gott ist uns das unendlich vollkommene „Ich“. Er ist das erste und letzte Ziel, das höchste jeder irdischen Religionsgemeinschaft, und deshalb vom weltanschaulichen Standpunkt wohl wert, von jedem Gegner geachtet und respektiert zu werden. Doch dies ist nicht, den Horn Gottes fühlen zu können, denn wir ihn beschreiben, aber dafür brauchen wir Hilfswörter nicht, auch noch die Regierung verantwortlich zu machen. Gott ist langsam in seinem Horn und dem noch gerecht. Aber haben wir nicht alle, auch unsere feindsigsten Kräfte, anerkannt unserer heutigen Verhältnisse, aller Mängel, demütig an unsere Brust zu klopfen und zu sagen: Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa! Ist unser ganzes heiliges Erbe nicht schon durch den Anschlag des Hasses, des Überdrusses gegen das Heilige, Heilige und heilige Gebot Gottes und gegen die menschliche Gerechtigkeit überhaupt? Gott hat seinen Willen, mit uns zu sprechen, das haben wir nicht

verdient, und einen teuflischen Scherz zu ersinnen, dazu ist er unfähig. Aber mir scheint fast, daß sich der Teufel einen Scherz mit der Schriftleitung der „Dachdecker-Zeitung“ erlaubte, indem sie Gott mit einer Eigenschaft in Beziehung brachte, die er auch nach freigeistiger Erwägung nicht besitzt. Diesen Scherz dehnte er dann noch auf den originellen Hinweis, „wie rückständig“ jemand sein kann, der immer noch zum Regieren fähig (!) ist“, aus. Da hat tatsächlich der Teufel einige Kapriolen geschlagen, und ich glaube, er hat den deutschen Dachdeckern beweisen wollen, wie rückständig ein gewerkschaftlicher Journalist sein kann, der immer nur zum Regieren Zeit und Fähigkeit hat. Darin möchte ich jedoch den Teufel durch eine politische Analyse des Artikels „Dreißig Milliarden und einunddreißig Vorbehalte“ nicht noch unterstützen. H. S.

#### Eine freigewerkschaftliche Maßfeier und ihre Folgen

**Kempten (Allgäu).** Bekanntlich gilt der 1. Mai den Sozialisten aller Schattierungen und folglich auch den freien Gewerkschaften als Feiertag, der durch Reden, Demonstrationsumzüge und, das wichtigste zuletzt, Arbeitsruhe, begangen werden muß. Auch hier in Kempten war in der Aprilversammlung des freien Bauarbeiterverbandes für Arbeitsruhe gestimmt und hiermit der 1. Mai als Feiertag proklamiert worden. Eine gewisse Zahl der Mitglieder aber, die sich durch die vielen ungewollten Feiertage des vorigen Jahres einerseits und die gegenwärtige Deuerung mit ihrer Not in den Familien andererseits stark beeinflusst fühlte, faßte den Entschluß, diesem Feiertage nicht zu huldigen, und statt dessen an einem der vielen erzwungenen Feiertage, die uns in diesem Jahre sicher noch bevorstehen, des 1. Mai zu gedenken. Sie dachten auch daran, daß es ja mit dem Verlust des einen Tagesarbeitsverdienstes nicht getan sei, sondern die heute gar nicht unerheblichen direkten Kosten des „Festes“ hinzukommen. Die fragliche Arbeiterschaft beschloß also und setzte davon ihre Betriebsleitung in Kenntnis, am 1. Mai die Arbeit wie gewöhnlich aufzunehmen. Da nun die Arbeitsstelle der betreffenden Kollegen in ziemlicher Entfernung von Kempten liegt, erfolgt die Hin- und Rückbeförderung mittels Arbeiterzuges. Diese Gelegenheit benutzte ein Gewerkschaftssekretär des freien Verbandes, um am Vorabend des 1. Mai die fraglichen Arbeiter bzw. deren Betriebsrat am Bahnhof abzufragen und zu fragen, ob auch sie den 1. Mai zu feiern gedächten. Die Antwort war natürlich: „Nein“. Auf diese Erklärung hin ließ sich der Gewerkschaftssekretär zu der Äußerung hinreißen, im Falle wir uns nicht eines besseren besinnen und unser Vorhaben wirklich zur Ausführung bringen würden, werde er uns auf keinen Fall mehr gewerkschaftlich vertreten, vielmehr werde er versuchen, die Arbeitsstelle mit Gesinnungsgenossen zu besetzen, damit wir auch wüßten, was arbeitslos heiße. Der forche Herr vergaß dabei völlig, daß wir bei den vorjährigen Sitterungsverhältnissen es nur zu gut zu spüren bekommen hatten, was arbeitslos sein heißt, da wir oft nach zwei- bis dreitägigem Regenwetter infolge der Boden- und Materialbeschaffenheit noch ein bis zwei Tage hängen mußten. Aber wir hatten genug von dieser Sorte Kollegialität, welche sich bis zur Androhung der Brotlosmachung verweigert, und traten in Stärke von zirka 40 Mann dem christlichen Bauarbeiterverband, Verwaltungsstelle Kempten, bei. Der Betriebsrat, der trotz des erwähnten Vorkommnisses der freien Gewerkschaft treu zu bleiben versprach, setzte den Gewerkschaftssekretär von diesem Umgehungs der Verhältnisse in Kenntnis, mit dem Vorbehalt, er möchte nochmals auf die betreffende Baustelle kommen und versuchen, die für die freie Gewerkschaft verloren gegangenen Schächten zurückzugewinnen, indem er sich für den begangenen Fehler entschuldige und Abbitte leiste. Und richtig, nach einigen Wochen kam der Herr auch an. Er gab zu, einen großen Fehler und Mißgriff begangen zu haben und stellte uns vor, wenn wir damals in seinen Schuhen gesteckt hätten, würden wir sicherlich auch den 1. Mai gefeiert haben. Da er uns nicht näher darlegte, wo ihn der Schuh gedrückt hat, konnten wir ihm nur unser großes Bedauern aussprechen, daß er umsonst gekommen sei, und es unter allen Umständen bei unserem Entschluß, fürderhin dem christlichen Bauarbeiterverband anzugehören, bestehen würde. Ueberhaupt erschien uns die Art, mit der er sein damaliges plump-brutales Vorgehen gegen uns auszulagern versuchte, recht wenig aufricht und mutig, was dem Herrn auch in unverbildeten Worten gefagt wurde. Daß er sich überhaupt noch auf unserer Arbeitsstelle blicken ließ, wurde ihm von den Kollegen als ein Charakterfehler angerechnet. Dieses und noch manches andere wurde dem Herrn Gewerkschaftssekretär mit echt bayerischer Deutlichkeit zu Gemüte geführt, so daß er mehr niedergedrückt als befriedigt seines Weges zog. X.

### Bau-Rundschau

#### Die Bautätigkeit im Mai 1923

Nach den Feststellungen der „Bauwelt“ wurden im Mai 1923 Wohnungs- sowie 300 Fabrik- und sonstige Bauten ausgesetzt gegenüber 8862 Neubauten im Mai 1922. Das bedeutet also einen Rückgang auf zirka 10 Prozent! Zumeist zeigen diese Zahlen gegenüber der Bautätigkeit des Monats April mit 365 Wohnungen- und 216 Fabrikbauten ein laugames Wiederanstreigen, freilich nur um zirka 30 Prozent. Wie die „Bauwelt“ weiter berichtet, bleibt die Zahl der geplanten Neubauten weit hinter den Vergleichszahlen des Vorjahres zurück. Der Aufbruch der Finanzkrisen hat die Architekten, Architekten zu erschöpfen, hinausgeschoben. Das dafür bereitgestellte Geld magte entsprechende Verwendung

finden. — Besonders groß ist nach den Feststellungen der „Bauwelt“ die Zahl der Dachausbauten. Die Hochkonjunktur der Aufstockung ist noch nicht vorüber. Die Städte wachsen gegenwärtig nur insofern in die Breite, als die neuen Häuser dem Wohnbedürfnis einzelner Familien dienen. Wo die mietweise Benutzung von neuen Räumen in Frage kommt, wurden diese so gut wie ausschließlich auf dem Wege des Höherwachsens der Häuser gewonnen.

#### Das Zement Syndikat als Hemmschuh für die technische Weiterentwicklung

Wir haben aus unserer Gegnerschaft gegen die moderne Syndikats- und Kartellierungspolitik der deutschen Industrie nie ein Hehl gemacht, aus der Erkenntnis heraus, daß diese Entwicklung zu Monopolen, d. h. zur Ausbeutung der Konsumenten, sowie zur Gleichgültigkeit in bezug auf die technische Fortentwicklung des betreffenden Wirtschaftszweiges führt. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir namentlich dem Zement Syndikat gegenüber mit unserer Kritik nicht zurückgehalten, dem auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung vom Jahre 1916 außerordentlich weitreichende Befugnisse und Rechte eingeräumt sind.

Wir können heute mit einer gewissen Genugtung feststellen, ähnliche Bedenken in einem in den Kreisen der Deutschen Bauwirtschaft sehr angesehenen Blatt, nämlich der „Bauwelt“, zu finden.

Nach Mitteilung lebhafter Klagen über die Mangelhaftigkeit des Zementes heißt es:

„Der Grund der beklagten Mängelstände wird man in dem Zement Syndikat zu suchen haben. Der Zusammenschluß einer Wirtschaft kann sehr wertvoll sein und die beteiligten Unternehmungen wie die Volkswirtschaft durchaus befriedigen. Um so gefährlicher können Syndikats (oder vielmehr Trusts) werden, wenn sie ihre wirtschaftliche Gewalt benutzen und sich lediglich als Werkzeuge uneingeschränkter Geldgewinne empfinden. Das Zement Syndikat hat nicht als Ansporn, sondern auch als Mittel gegen die technische Weiterentwicklung gewirkt. Die Syndikatspolitik ist also geradezu ein Ansporn zur Herabdrückung der Leistung auf die Anforderungen der Norm.“

Das sind Ausführungen, die gerade wegen der Stelle, von der sie stammen, äußerst beachtlich sind. Das Reichswirtschaftsministerium wird nicht umhin können, auf Grund der mitgeteilten Unterlagen eine eingehende Prüfung der Verhältnisse des Zement Syndikates vorzunehmen. Vorberhand kann man auf die Erwidrerung des Zement Syndikates gespannt sein.

#### Gewinne und deren Unterbringung in der Baustoffindustrie

Ein typisches Beispiel für die Gewinne, die in der Baustoffindustrie erzielt werden, und für die Art und Weise, wie diese Gewinne untergebracht werden, zeigt der Rechnungsbuch der Basalt-W.-G. in Ding am Rhein. Die Gesellschaft, die mit einem Stammkapital von 80 Millionen Mark arbeitet, erzielte einen Ueberfluß von 1.241.698.060,20 Mark, wovon nach Abzug der allgemeinen Verwaltungskosten ein Rohgewinn von 882.157.151,48 Mark verbleibt. Nach Rückstellung von 200 Millionen Mark für einen neu geschaffenen Wertberhaltungsfonds und nach Abschreibungen in Höhe von 261.944.756,61 Mark, verbleibt ein Reingewinn von 420.212.394,87 Mark, also in mehr als fünffacher Höhe des ganzen Aktienkapitals. Dieser Reingewinn wird nun wie folgt verteilt: 20.974.374,32 Mark an den gesetzlichen Reservefonds, 30 Millionen Mark an den Arbeiterunterstützungsfonds, 30 Millionen Mark an den Beamtenversicherungsfonds, 250 Prozent (das sind 200 Millionen Mark) Dividende und 40.038.020,55 Mark Vortrag auf neue Rechnung. — Kein Wunder, daß bei derartigen Gewinnen die Baustoffe ins Maßlose verteuert werden.

— Die Norddeutsche Steingutfabrik A.-G. Grohn-Begefall bei Bremen verteilt eine Dividende von 200 Prozent auf die Stammaktien und 2500 Mark auf jeden Genuschein.

### Sterbetafel.

Am 29. Mai starb unser treuer Kollege, der Bauhilfsarbeiter Theodor Selch im jugendlichen Alter von 19 Jahren an den Folgen eines Herzleidens. Ortsgruppe Eilen.

Am 30. Mai verunglückte unser jugendlicher Kollege Joh. Plusch von der Ortsgruppe Buer-Reile dadurch tödlich, daß er auf dem Wege zur Arbeit mit dem Fahrrad stürzte. Wir verlieren in dem jäh Dahingegangenen einen Kollegen, der zu den besten Hoffnungen berechtigte. Verwaltungsstelle Gladbeck.

Am 31. Mai starb unser treuer Kollege, der Maurer Joh. Ribber im jugendlichen Alter von 22 Jahren an Lungentzündung. Verwaltungsstelle Bochum.

Am 4. Juni starb unser treuer Kollege, der Maurer Josef Weinmann, Reubaus, im Alter von fast 33 Jahren an den Folgen eines im Kriege erlittenen Kopfschusses. Verwaltungsstelle Paderborn.

Ehre Ihrem Andenken!